



29.09.2010

Mehr als 6500 Menschen beteiligen sich an der Großkundgebung der IG Metall Salzgitter-Peine zu Sparpaket und Atompolitik – Arbeit ruhte in Großbetrieben

Ungerechte Sparpakete, einseitige Belastungen der Beschäftigten bei der Gesundheit, Rente erst mit 67 und eine unverantwortliche Energiepolitik mit längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke - das ist die Bilanz der schwarzgelben Bundesregierung. Dagegen wurde heute in Salzgitter ein deutliches Zeichen gesetzt!

Beschäftigte aus den ansässigen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger der Stadt Salzgitter sind in zwei Demonstrationenzügen zur Kundgebung gekommen. Um die Teilnehmer der Demonstration zu den beiden Sammelpunkten zu transportieren, waren über 16 Busse im Buspendelverkehr eingesetzt.

Pünktlich um 9:15h setzten sich beide Demonstrationenzüge in Bewegung und erreichten den Kundgebungsplatz, den Zugang zum geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad - das ehemalige TOR5 der SZAG, gegen 10Uhr. Wolfgang Räschke, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine, begrüßte alle Teilnehmenden, die heute deutlich Position gegen die falsche Sparpolitik der Bundesregierung und das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad beziehen.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, über die Beschlüsse der Bundesregierung: „Das ist kein Sparpaket, das ist ein Paket aus Zumutungen und Gemeinheiten gegenüber Arbeitslosen und ihren Familien!“ Urban weiter: „Hier fehlt es nicht an Alternativen, hier fehlt es an Anstand und politischem Mut. Sparpaket, Rente mit 67, Gesundheitsreform und Laufzeitverlängerung, wir wollen keine Kanzlerin der Konzerne und wir wollen nicht in einer Bananenrepublik leben, in der das große Geld die Geschicke des Landes bestimmen.“

Udo Dettmann, vom Koordinierungskreis Asse II, bezeichnet die Brennelementesteuer der Regierung als scheinheilig: „Mit dieser Steuer hat der Staat ein Interesse die AKWs immer wieder länger laufen zu lassen, notfalls immer mit dem Argument der Haushaltskonsolidierung, fällt die Brennelementesteuer aber weg, fällt damit auch der finanzielle Anreiz für längere Laufzeiten.“ Dettmann zu Schacht Konrad: „Noch heute ist unklar was alles in Asse II liegt, trotzdem war die erste Äußerung, das alles nach Schacht Konrad gebracht werden soll. Bei der Endlagerung von Atommüll in Deutschland wird Wissen durch konservative Annahmen und Glauben ersetzt. Auf Glauben und Annahmen unserer Politiker werden wir uns nicht verlassen!“

Peter Gruber, Vertrauenskörperleiter der IG Metall bei der SZFG, machte die Situation der Beschäftigten und der Bürger in Salzgitter und Umgebung deutlich: „Die Regierung wirft uns vor, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und verdreht dabei völlig die Tatsachen, denn wir haben bereits in den letzten Jahren eine Sozialkürzung nach der anderen erlebt.“ Gruber weiter: „Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, immer mehr Unsicherheit, befristete und schlecht bezahlte Jobs, Leiharbeit und Lohndumping sind auch in Salzgitter auf dem Vormarsch. Und wir, wir sollen über unsere Verhältnisse leben? Massiv über den Verhältnissen haben die Manager, Großunternehmer und Spekulanten, aber nicht die Arbeitslosen oder die alleinerziehenden Mütter.“



29.09.2010

Der Protest gegen die unsoziale Politik der schwarz-gelben Regierung geht am 6. November auf der gemeinsamen Kundgebung in Hannover weiter. Auch dort wollen wir Druck machen: Gegen soziale Kälte! Für eine gerechte Politik!

Zentrale Punkte auf der Kundgebung der IG Metall Salzgitter-Peine:

Anstatt auf Investitionen für mehr Arbeitsplätze zu setzen, legt diese Regierung ein sogenanntes "Spar"paket vor. Ein Paket, bei dem nur die Ärmsten in der Gesellschaft, die Empfänger von Arbeitslosengeld und Menschen mit Niedriglöhnen, zur Kasse gebeten werden, während die Banken und die großen Energieunternehmen den Politikern Vorschriften machen, was ihre Steuern und Abgaben angeht. Arbeitslosen dagegen nimmt man das vormals so hoch gelobte Elterngeld und die Rentenbeiträge weg.

Bei der von Gesundheitsminister Philipp Rösler durchgesetzten so genannten Gesundheitsreform versucht die FDP heimlich eine „versteckte“ Kopfpauschale einzuführen, bei der nur noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmereinseitig mit Kostensteigerungen belastet werden, während man den Beitrag der Arbeitgeber einfriert. Höhere Zuzahlungen und Zusatzbeiträge in Höhe von 2 % des Bruttoentgeltes sind das Ergebnis dieser unsolidarischen Politik.

Die Rente mit 67, die ab 2012 eine stufenweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 vorsieht, wird von der Bundesregierung ebenfalls durchgepeitscht. Die für dieses Jahr in dem Gesetz vorgesehene Überprüfung der tatsächlich vorhandenen Arbeitsplätze für Ältere wird schon jetzt von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit falschen Zahlenschön gerechnet. 40 Prozent der über 60-jährigen sollen einen altersgerechten Arbeitsplatz haben. In Wahrheit sind es nur etwa 20 Prozent, der Rest befindet sich meist schon in der passiven Phase der Altersteilzeit und nicht mehr im Betrieb.

Verlängerte Laufzeiten für die alten Atommeiler haben die großen Energiekonzerne durchgesetzt, damit sie noch mehr Gewinne machen können, während wir dafür noch mehr Atommüll bekommen. Damit das klappte, drohten die großen Konzerne wie e.on oder Vattenfall mit einer Klage gegen die Brennelementesteuer oder gar mit der „Abschaltung“ der AKWs - schon werden die Wünsche der Konzerne umgesetzt. Das nennt die Bundesregierung dann verantwortliche Energiepolitik, anstatt auf erneuerbare Energien zu setzen, diese zu fördern und noch mehr Atommüll zu vermeiden.